



Vietnamesen in Berlin

Vietnamesen

Schleppende Bürokratie

Das Abkommen der Bundesregierung mit Vietnam über die Rückführung von rund 40 000 in Deutschland lebenden Vietnamesen erweist sich als Flop. Obwohl sich Bonn gegenüber Vietnam zu Zahlungen in dreistelliger Millionenhöhe verpflichtet hat, kehrten nach Angaben des Bonner Innenministeriums bislang erst 65 vietnamesische Staatsbürger in ihre Heimat zurück. Dabei handelt es sich ausnahmslos um „Straftäter“, die laut Vereinbarung „vorrangig“ heimgeschickt werden sollten.

Von der eigentlichen Zielgruppe, ehemaligen Werksarbeitern in der DDR,

abgelehnten Asylbewerbern oder illegalen Einwanderern, die „keinen gültigen Aufenthaltstitel“ mehr für die Bundesrepublik haben, ging bislang kein einziger. Dabei sah das Abkommen allein für 1995 die Rückkehr von 2500 Vietnamesen vor. Dieses Jahr sollen 5000 gehen.

Ursache für die schleppende Abwicklung ist die umständliche Bürokratie. Voraussetzung für die Rückkehr sind beispielsweise Personenlisten, die zu Prüfung und Gegenprüfung mehrfach zwischen Bonn und Hanoi hin und her geschickt werden. Für gerade mal 470 Rückkehrer wurde das Prüfungsverfahren dort abgeschlossen. „Die tun nicht mehr als unbedingt nötig“, ärgert sich der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Werner Hoyer.

Medienaufsicht

Am Tropf der Union

Die FDP will sich nicht aus dem ZDF-Verwaltungsrat drängen lassen. Eigentlich müssten die Freidemokraten ihren Sitz in dem zwölfköpfigen Aufsichtsgremium, den derzeit Generalsekretär Guido Westerwelle einnimmt, an die Grünen abgeben. Ursache ist das Wahlverfahren, das die Vergabe der Aufsichtsposten an das Stärkeverhältnis der Parteien im Bundestag koppelt.

Um nicht leer auszugehen, wünschten die Freidemokraten nun das Wahlverfahren zu ändern und so festzuschreiben, wie es im Bundestag bei der Besetzung der Ausschüsse angewandt wird. Dort sind sowohl FDP wie Grüne vertreten. Das ZDF aber lehnte dieses Ansinnen ab. Die FDP hat jetzt die Union um Hilfe gebeten: Sie solle einen ihrer Sitze an den kleinen Partner abtreten. „Es ist wie bei den letzten Wahlen“, amüsiert sich Krista Sager, die als Kandidatin der Grünen antritt, „die hängen am Tropf der Union.“



F. DÄRCHINGER

Westerwelle

Kriegsverbrechen

Die Mühlen mahlen langsam

Gegen den früheren Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, Theodor Oberländer, hat die Staatsanwaltschaft Köln 36 Jahre nach dem ersten Anlauf wieder ein Ermittlungsverfahren eingeleitet: wegen des Verdachts des vielfachen Mordes im Zweiten Weltkrieg. Oberländer, fast 91 Jahre alt, soll als Wehrmachtsoffizier in den Spezialeinheiten „Nachtigall“ und „Bergmann“ zwischen Sommer 1941 und Spätherbst 1942 nicht nur Soldaten völkerrechtswidrige Bluttaten befohlen, sondern auch eigenhändig Gefangene getötet haben. Grundlage für das neue Verfahren sind Vernehmungsprotokolle von Zeitzeugen, die im Ost-Berliner Ministerium für Staatssicherheit (MfS) deponiert waren und seit letztem Jahr ausgewertet werden. Kanzler Adenauer hatte Oberländer 1953 in seine Regierung geholt, der er bis 1960 angehörte. Oberländers braune Vergangenheit – NSDAP-Mitglied seit 1933, Reichsführer des auf neuen Lebensraum erpichten „Bundes Deutscher Osten“ – war bestens bekannt. Bald wurden Vorwürfe laut, Oberländer sei an Massakern mit Tausen-

den von Toten im ukrainischen Lwiw (Lemberg) beteiligt gewesen. Das Oberste Gericht der DDR verurteilte ihn in Abwesenheit im April 1960 zu lebenslangem Zuchthaus, ein paralleles Verfahren der Staatsanwaltschaft Bonn wurde „wegen fehlenden Tatverdachts“ eingestellt. Ende 1993 kassierte das Landgericht Berlin auf Oberländers Antrag hin den alten DDR-Spruch als „rechtsstaatswidrig“. Das kürzlich eingeleitete Verfahren basiert auf Unterlagen, die in dem Ost-Berliner Prozeß offenbar nur zum Teil eine Rolle spielten. Ein Dossier der Ermittler von Januar 1996 schildert eine abscheuliche Tat, an der Oberländer beteiligt gewesen sein soll. Bei einem Offizierstreff 1942 nahe Kislowodsk im Kaukasus sei „darüber gestritten“ worden, so ein Zeuge, ob „angesichts des Todes Deutsche oder Sowjets standhafter“ seien, Oberländer habe „dies von den Menschen der Sowjetvölker behauptet“. Einer gefangenen Lehrer in soll Oberländer daraufhin befohlen haben, „über ihre Verbindungen zu Partisanen“ zu berichten. Sie habe, obschon sie ausgepeitscht worden sei, geschwiegen. Dann habe Oberländer „ihr in die rechte Brust“ geschossen und sie „im Sterben liegengelassen“. Oberländer erklärte dazu dem SPIEGEL, dies sei eine „alte sowjetische Lüge“. Er sei „mit der Waffe nur Personen gegenübergetreten, die selbst eine trugen“.



DER SPIEGEL

Oberländer in Wehrmachts-Uniform